
Dienstag, 23.10.2018 11:56 Uhr

Bildung/Schülerbetreuung/Rechnungshof/Schöbi-Fink

„Werden die Anregungen sukzessive umsetzen“

LR Schöbi-Fink nimmt zu Prüfbericht des Landes-Rechnungshofes "Schulkindbetreuung an allgemein bildenden Pflichtschulen" Stellung

Bregenz (VLK) – Bildungslandesrätin Barbara Schöbi-Fink nimmt den Prüfbericht des Landes-Rechnungshofes "Schulkindbetreuung an allgemein bildenden Pflichtschulen" zur Kenntnis. „Die darin enthaltenen Anregungen werden wir aufnehmen und sukzessive umsetzen“, betont die Landesrätin. Schöbi-Fink nennt die Abschaffung der Landesförderung für die Erstausstattung von Schülerbetreuungen als Beispiel. Auch die Vereinheitlichung von Begriffen könne natürlich in Angriff genommen werden.

Der Rechnungshof habe auch Recht hinsichtlich der Wichtigkeit eines Gesamtkonzeptes, so die Landesrätin: „Es braucht eine klare Strategie. Wir sind bemüht, dies umzusetzen, auch wenn es ein langfristiger und aufwendiger Prozess ist. Hier braucht es viele Partner.“ Schon bisher gab es eine Reihe an Informationsveranstaltungen, um Schulerhalter über die rechtlichen Grundlagen gut zu informieren. Außerdem wurde eine neue Landesrichtlinie beschlossen. Aktuelle Förderinformationen werden auf der Website des Landes gut nachvollziehbar zur Verfügung gestellt.

Bereits Korrekturen vorgenommen

Das System gestaltet sich als sehr kompliziert, da viele Partner eingebunden sind. Hier bräuche es eine grundsätzliche Überarbeitung bzw. Vereinfachung, vor allem auch mit dem Bund, so die Landesrätin. Schon vor der Prüfung durch den Landes-Rechnungshof wurde damit begonnen, aussagefähige Datengrundlagen zu schaffen sowie Mehrfacherhebungen von Daten zu prüfen und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen. Im Moment beschäftigt sich der Fachbereich intensiv mit einer Prozessbetrachtung. Nach deren Beendigung sind wichtige Grundlagen für die Planung eines neuen Datenerfassungssystems vorhanden. Auf dieser Basis können Anpassungen erfolgen.

Bezüglich der Entwicklung eines Modells für den vermehrten Einsatz der verschiedenen Berufsgruppen, die in ganztägigen Schulformen zum Einsatz kommen können, informiert Landesrätin Schöbi-Fink darüber, dass bereits im Sommer 2018 erste Gespräche mit dem Gemeindeverband stattfanden: „Im Mittelpunkt der Überlegungen steht ein attraktives Beschäftigungsverhältnis für das bereits ausgebildete Personal zu schaffen. Jedenfalls ist das Land mit Nachdruck bestrebt, rasch Lösungsvorschläge auszuarbeiten.“